

Stop Killer Robots - Autonome Waffensysteme verhindern und weltweit ächten



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Jamila Schäfer (München KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Neue Waffentechnologien haben die Kriegsführung in der Vergangenheit oft verschlimmert und
2 grausamer gemacht. Das gilt insbesondere für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen.
3 Heute stehen wir wieder am Anfang einer neuen folgenschweren Entwicklung. Die
4 Entwicklungen
5 in der Informationstechnologie und der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) machen auch vor Waffen
6 und einer militärischen Nutzung nicht halt. Mit den richtigen Regeln und klaren Grenzen gibt
7 es zwar Bereiche, wie das vollautonome Minenräumen, mit potentiellen Chancen für die
8 Sicherheitspolitik, es droht aber gleichzeitig eine Kriegsführung, in der Algorithmen über
9 Leben und Tod entscheiden.

9 Die Forschung an solchen vollautonomen Waffensystemen, so genannten Lethal Autonomous
10 Weapons Systems (LAWS) findet bereits statt. Sie ist finanziell gut ausgestattet und
11 verläuft in rasanter Geschwindigkeit. Es ist drei vor zwölf, da einige Länder in
12 Einzelfällen bereits Systeme in Betrieb nehmen. In Kürze droht, dass in vielen Streitkräften
13 autonome Waffensysteme eine zentrale Rolle einnehmen. LAWS werden sich aufgrund der auf
14 Sekundenbruchteile minimierten Reaktionszeit nur mit anderen LAWS bekämpfen lassen, so
15 dass
16 wir ein massives, ungebremstes Wettrüsten befürchten. Viele Staaten sehen sich daher bereits
17 in einem Sicherheitsdilemma, wenn sie sich diesem Trend entziehen. Diese Situation ist
18 vergleichbar mit ABC-Waffen, wo Lösungen (bei Chemie und Bio-Waffen) ausschließlich durch
19 eine vertragsbasierte Ächtung möglich waren. Die Verbreitung autonomer Waffentechnologien
20 droht die Hemmschwelle für einen Gewalteininsatz weiter zu senken. Durch die Geschwindigkeit
21 von Aktion und Reaktion zwischen LAWS wächst die Gefahr, dass sich konventionelle Konflikte
22 ausweiten und eskalieren. Aber auch der Einsatz von Atomwaffen kann wahrscheinlicher
23 werden,
24 wenn ihr Einsatz durch autonome Systeme ausgelöst werden kann. Außerdem könnten
25 autonome
26 Waffensysteme auch zu Grenzkontrollen, in der Polizeiarbeit oder gegen Demonstrationen
27 eingesetzt werden.

25 Durch den Einsatz autonomer Waffensysteme kämen viele dringende politische, ethische,
26 völkerrechtliche und praktische Fragen und Probleme auf uns zu. Schon heute strukturieren
27 Computer Entscheidungen von Soldat*innen vor. Die Zahl der Funktionen, die Waffensysteme
28 bereits automatisch oder auch autonom ausführen können, nimmt kontinuierlich zu. Sie
29 erkennen anhand von Parametern mögliche Ziele oder gesuchte Objekte. Die letztendliche
30 Entscheidung über den Einsatz tödlicher Gewalt muss aber beim Menschen bleiben. Deshalb
31 stellen wir uns einer schleichenden Abgabe der menschlichen Verantwortung klar entgegen und

32 wollen das humanitäre Völkerrecht stärken.

33 Automatisierte Abläufe – ob durch Technik oder durch Befehlsketten – können ungewollt
34 folgenschwere Eskalationsdynamiken in Gang setzen. Menschen haben ethische Grundsätze,
35 die
36 weit über die rechtlichen Rahmenbedingungen hinausreichen. Sie können auf ihr Gewissen
37 hören. Sie können Gnade walten lassen und sich im Zweifel für das Leben entscheiden. So gab
38 es in den letzten Jahrzehnten mehrere Situationen, in denen menschliches Zögern und
39 nochmaliges Überprüfen eine Eskalation verhinderten. Autonome Waffensysteme verstehen
40 jedoch
41 nicht, was es bedeutet, einen Menschen zu töten. Sie verfügen über kein Gewissen, keine
42 ethischen Grundsätze oder über eine mit der menschlichen Intelligenz vergleichbare
43 Entscheidungskompetenz. Für sie ist auch das menschliche Leben nur ein Datenpunkt. Die
44 Entscheidung zu töten darf niemals durch Algorithmen getroffen werden. Wird ein Mensch zum
45 Objekt einer maschinellen Entscheidung, wird er damit in seiner Menschenwürde verletzt.

46 Wir halten den Einsatz von autonomen Waffen für unvereinbar mit dem humanitären
47 Völkerrecht.

48 Maschinen können nicht die Verhältnismäßigkeit oder die Notwendigkeit eines Angriffs
49 beurteilen. Der Einsatz von autonomen Waffen verstieße daher gegen das völkerrechtliche
50 Gebot zur Verhinderung übermäßigen Leidens. Maschinen können auch nicht zuverlässig
51 zwischen
52 Kämpfer*innen und Zivilist*innen unterscheiden. Darüber hinaus wäre unklar, wer in Fällen
53 unkontrollierter oder fehlerhafter Entscheidungen durch künstliche Intelligenz die
54 Verantwortung übernehmen würde oder übernehmen muss. Durch die technische Komplexität
55 von
56 robotischen Systemen werden Streitkräfte in Zukunft noch abhängiger von privaten
57 Unternehmen. Der Einfluss ziviler Unternehmen, vor allem ziviler Programmierer, auf die
58 militärischen Anwendungen wächst. Wer stünde bei von LAWS begangenen Massakern,
59 Kriegsverbrechen oder anderen dramatischen Aktionen vor Gericht? Sicherlich nicht der/die
60 Hersteller*in der Hardware, der/die Softwareentwickler*in oder auch einfach die Armeeführung
61 oder das Verteidigungsministerium als solches. LAWS würden jahrelange Bemühungen zur
62 Verrechtlichung des Krieges, der Rechenschaftspflicht von Angehörigen der Streitkräfte und
63 der ausgeübten militärischen Gewalt ins Leere laufen lassen.

64 Wir GRÜNE fordern daher ein weltweites präventives Verbot und eine völkerrechtliche Ächtung
65 letaler autonomer Waffensysteme sowie die Festlegung eines Mindestmaßes an menschlicher
66 Kontrolle (meaningful human control) bei jeder Entscheidung über Leben und Tod. Union und
67 SPD haben sich zwei Mal in Folge in ihren Koalitionsverträgen von 2013 und 2018 für eine
68 Ächtung letaler autonomer Waffensysteme ausgesprochen. Auf europäischem und
69 internationalen
70 Parkett waren entsprechende Initiativen der Bundesregierung entweder nicht vorhanden, oder
71 sie kamen zögerlich und hatten zunächst die Absicht eine rechtliche bindende Ächtung durch
72 eine rein deklaratorische Politik aufzuweichen. Mittlerweile hat sich die Gruppe der
73 Regierungsexperten bei den Verhandlungen im UN-Rahmen auf Prinzipien (guiding principles)
74 verständigt und die Absicht bekundet, ein „Rahmenwerk“ (operative and normative framework)
75 zu entwickeln. Dies kann jedoch nur ein erster Schritt sein, hin zu einem völkerrechtlichen

- 70 Verbot. Ziel muss die internationale Ächtung vollautonomer Waffen sein. Genau daran muss
71 sich diese Initiative messen lassen.
- 72 Im Europäischen Parlament haben wir GRÜNE bereits im Herbst 2018 eine EntschlieÙung mit
73 entsprechender Botschaft initiiert, die von einer überwältigenden Mehrheit von 566
74 Abgeordneten unterstützt wurde (1). Mit diesem Schwung ist es uns GRÜNEN dann Anfang 2019
75 gelungen, in zähen Verhandlungen mit Rat und Kommission, autonome Waffensysteme aus dem
13
76 Milliarden Euro schweren Europäischen Verteidigungsfond auszuschließen (2). In der EU-
77 Verordnung zum Verteidigungsfond steht damit (wohl weltweit einmalig) eine gesetzlich
78 verankerte Definition samt Verbot dieser neuen Technologie (3). Auch die parlamentarische
79 Versammlung der OSZE hat sich im Juli 2019 für eine völkerrechtliche Ächtung von LAWS
80 ausgesprochen. Ebenfalls mahnt der UN-Generalsekretär Zurückhaltung bei der Entwicklung
81 neuer Technologien an, solange deren Vereinbarkeit mit dem humanitären Völkerrecht fraglich
82 ist (4).
- 83 Für die von uns geforderte Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen gibt es eine breite
84 Allianz. Pax christi, Human Rights Watch, Amnesty International, das Internationale Komitee
85 vom Roten Kreuz, die Gesellschaft für Informatik (GI) und der Bundesverband der Deutschen
86 Industrie (BDI) unterstützen eine völkerrechtliche Ächtung von LAWS. Bereits im Juli 2015
87 haben mehr als 3000 Forscher der Fachrichtungen Künstliche Intelligenz und Robotik einen
88 offenen Brief, der die Ächtung von Killerrobotern fordert, unterzeichnet (5). Am 21. August
89 2017 haben darüber hinaus 116 Gründer*innen führender Unternehmen der Robotik und der
90 künstlichen Intelligenz einen ähnlichen Brief an die UN geschickt, darunter namenhafte
91 Firmeninhaber*innen aus Silicon Valley (6). Von besonderer Bedeutung sind in diesem
92 Zusammenhang die im Frühjahr 2019 beschlossenen Ethik-Leitlinien für künstliche Intelligenz
93 der von der Europäischen Kommission eingesetzten hochrangigen Expert*innengruppe, die sich
94 mit Blick auf Killerroboter (Paragraph 134) uneingeschränkt hinter die Forderung des
95 Europäischen Parlaments nach einem Verbot stellt.
- 96 Um mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, ist daher dringend
97 sofortiges politisches Handeln geboten:
- 98 • Unser Ziel ist die weltweite, völkerrechtliche Ächtung von LAWS. Deutschland und die
99 EU müssen auf Ebene der Vereinten Nationen (VN) im Rahmen der Certain Conventional
100 Weapons (CCW) Verhandlungen klar für ein Verbot dieser Waffen aussprechen, auf einen
101 verbindlichen Verbotsvertrag drängen und diesen Prozess zügig vorantreiben. Dabei
102 müssen verbindliche Mindeststandards wirksamer menschlicher Kontrolle definiert
103 werden.
 - 104 • Voraussetzung dafür ist eine klare Position der Bundesregierung, die erreichte
105 Verhandlungsziele mitträgt und sich endlich wie Österreich, Brasilien, Chile, Mexiko,
106 oder auch Belgien, Irland und Luxemburg unzweideutig für einen Verbotsvertrag
107 einsetzt.
 - 108 • Eine weitere Voraussetzung für eine effektive internationale Ächtung ist die
109 Erstellung einer formalen und rechtlich bindenden gemeinsamen EU-Position
(Gemeinsame
110 Aktion), die nach Innen dazu führt, dass, solange kein internationaler Verbotsvertrag
111 besteht, bei dem die EU-Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, ein Moratorium
112 bezüglich Einsatz und Export von LAWS verhängt wird; für die internationale Ebene muss
113 diese Position das Verhandlungsziel eines Verbotsvertrages explizit festlegen. Durch

- 114 die Einigung beim Europäischen Verteidigungsfond haben die 28 Mitgliedstaaten sowohl
115 eine Definition von LAWS, als auch die Idee des Verbotes akzeptiert.
- 116 • Es braucht ähnlich wie beim Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) eine
117 Organisation, die die Entwicklung von KI im militärischen Bereich kontrolliert. Nur
118 ein wirksames Verifikationsregime wird die Entwicklung auch langfristig stoppen.
 - 119 • Solange internationale Regelungen noch auf sich warten lassen, sollte Deutschland ein
120 nationales Moratorium für die Entwicklung und Beschaffung von LAWS veranlassen. Auch
121 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kann ein guter
122 Rahmen für regionale Rüstungskontrolle sein.
 - 123 • Die Bundesregierung muss sich auch in der NATO für die Ächtung von LAWS einsetzen
und
124 dort gegenüber allen Partnerstaaten deutlich machen, dass sie keine Position
125 unterstützen wird, die im Widerspruch zur Entschließung des Europäischen Parlaments zu
126 autonomen Waffensystemen ([2018/2752\(RSP\)](#)) steht.
 - 127 • Wir wollen jegliche staatliche Förderung von Projekten ausschließen, welche der
128 Entwicklung oder Nutzung von LAWS dienen. Wichtig ist jedoch auch, wie beispielsweise
129 im Umgang mit Chemiewaffen, dass Forschung betrieben wird, wie Menschen sich gegen die
130 Nutzung von LAWS schützen können.
 - 131 • Bei jedem potentiell tödlichen Einsatz von KI-Algorithmen in Waffensystemen der
132 Bundeswehr muss volle menschliche Kontrolle, sowohl bei der Entscheidung, als auch bei
133 der Ausführung, gewährleistet sein.
 - 134 • In Ethikkommissionen, die sich mit Fragen digitaler Entwicklungen befassen, darf die
135 sicherheitspolitische und militärische Ebene nicht ausgeblendet werden.
 - 136 • Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen wir die Arbeit der „Campaign to Stop Killer
137 Robots“.

138 Fußnoten:

- 139 1) Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu autonomen Waffensystemen:
140 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2018-0308_DE.html
- 141 2) Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018 zu autonomen
142 Waffensystemen: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2018-0341_DE.html
- 143 3) Artikel 11(6) EU-Verordnung: http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0430_EN.pdf
- 145 4) UN: „Securing our Common future“
146 <https://www.un.org/disarmament/publications/more/securing-our-common-future/>
- 147 5) Autonomous Weapons: An open letter from AI & Robotics Researchers:
148 <https://futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons/>
- 149 6) An open letter to the United Nations Convention on Certain Conventional Weapons:
150 <https://www.cse.unsw.edu.au/~tw/ciair/open.pdf>

Begründung

erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Katja Keul (KV Nienburg); Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Nikolas Becker (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Juliana Wimmer (Berlin-Kreisfrei KV); Jörn Pohl (KV Kiel); Ralf Mohr (KV Berlin-Lichtenberg); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Marcus Voß (KV Berlin-Mitte); Lino Klevesath (KV Göttingen); Gottfried Klecker (KV Görlitz); Jochen Aulbach (KV Mainz); sowie 22 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.